

SWOT-Analyse | Indonesien

Neues Investitions- und Arbeitsrecht lockt Investoren

Eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung soll Indonesien zu einem Industriestandort machen. Doch noch ist unklar, ob die gesetzlichen Erleichterungen in der Praxis Bestand haben.

11.05.2022

Von Frank Malerius | Jakarta

- ▶ Schwache Industrie
- ▶ Investitionsrechtsreform verspricht Besserung
- ▶ China sticht Wettbewerber aus

Indonesiens Wirtschaft hat nach der coronabedingt ersten Krise seit 1998 im Jahr 2021 wieder **um real 3,7 Prozent zugelegt**. Aber erst 2023 soll das Wachstum auf das gewohnte Niveau von über 5 Prozent zurückkehren. Auf den Archipel mit seinen mehr als 270 Millionen Einwohnern entfällt mehr als ein Drittel der Wirtschaftskraft der ASEAN-Region.

SWOT-Tabelle

Strengths	Weaknesses
Wachsender Markt mit steigender Kaufkraft	Marginale Einbindung in globale Lieferketten
Stabile demokratische Ordnung	Zu wenig Auslandsinvestitionen
Große Rohstoffvorkommen	Geringe Rechtssicherheit
Junge, digitalaffine Bevölkerung	Schwaches Bildungsniveau
Kaum Gewaltkriminalität	Nur wenige Arbeitskräfte mit Auslandserfahrung
Opportunities	Threats
Reform des Investitionsrechts erleichtert Markteintritt	Steigender Wettbewerbsdruck durch chinesische Technologielieferanten
Wachsender Bedarf an Technologieimporten	Konflikt um Palmöl kann zu Handelsstreit führen
Niedrige Löhne	Sinkender Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt
Guter Ruf von "Made in Germany"	Islam zunehmend konservativer
Optimistische Verbraucher	Angespannter Arbeitsmarkt schafft Unzufriedenheit

Quelle: Germany Trade & Invest

Schwache Industrie

Indonesien hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten enorme Wohlstandzuwächse erzielt. Die Weltbank nahm den Archipel zum 1. Juli 2020 sogar in die Kategorie der [Upper-Middle Income Economies](#) auf. Die Coronakrise warf das Land zwar wieder hinter Erreichtes zurück, aber nur vorübergehend. Denn viele [Branchen sind wieder im Aufwind](#).

Immerhin ist der Inselstaat deutlich besser durch die Coronakrise gekommen als viele andere ASEAN-Länder. Allerdings verdankt sich das eher einer Schwäche, denn der Archipel ist weniger in die Weltwirtschaft eingebunden als die Nachbarn. Die Ambitionen sind dennoch groß: Nach offiziellen Plänen will Jakarta bis 2045 Industrieland werden. Doch der Weg dahin ist weit. Kurz- und mittelfristig ist selbst der Entwicklungsstand von Malaysia und Thailand nicht zu erreichen.

Denn strukturell ist Indonesien weitgehend ein Schwellenland auf niedrigem Niveau: Die Wirtschaft lebt in erheblichem Maße von der Ausfuhr fossiler Energieträger wie Kohle und Gas, Rohstoffen wie Kupfer und Nickel sowie Agrargütern wie Palmöl und Kautschuk. Die industrielle Basis ist hingegen klein und beschränkt sich vor allem auf günstige Lohnfertigung. Der Anteil der Industrie an der Wirtschaftsleistung ist von 30 Prozent zu Beginn des Jahrtausends auf unter 20 Prozent gesunken. Viele Unternehmen sind abhängig vom Import von Vorprodukten.

Größtes Hindernis für die weitere Entwicklung ist das niedrige Bildungs- und Ausbildungsniveau. In internationalen Studien belegt der heimische Nachwuchs stets hintere Plätze. Deshalb ist das Land für eine digitale Revolution schlecht gerüstet. Zwar hat die Regierung mit "Making Indonesia 4.0" eine Strategie zur Modernisierung vorgelegt. Doch die digitale Infrastruktur ist unterentwickelt, und es gibt zu wenige Fachkräfte für entsprechende Technologien.

Investitionsrechtsreform verspricht Besserung

Aus eigener Kraft kann sich die Industrie nicht entwickeln, sie ist auf ausländisches Know-how angewiesen. Doch Investoren halten sich zurück. Laut Weltbank liegen die ausländischen Direktinvestitionen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung in Indonesien [weit hinter denen in Vietnam, Malaysia und den Philippinen](#). Grund dafür war bisher auch die investitionsfeindliche Gesetzgebung. Für Investoren galt der Inselstaat als das mit Abstand schwierigste der großen ASEAN-Länder.

Doch das soll sich ändern: Anfang 2021 reformierte Jakarta das [Investitionsrecht](#) und das [Arbeitsrecht](#) - als Teil des sogenannten Omnibusgesetzes, dem wichtigsten Reformvorhaben seit Jahrzehnten. Hunderte Wirtschaftssektoren wurden für ausländische Eigentümerschaft geöffnet, Genehmigungsverfahren vereinfacht und der Arbeitsmarkt durch geringere Abfindungszahlungen und leichtere Kündigungen deutlich liberalisiert.

China sticht Wettbewerber aus

Indonesien hat dank wirtschaftlichen Wachstums und mangels eigenen Know-hows einen steigenden Importbedarf bei Technologie. Doch für die meisten Zulieferländer wird der Markt schwieriger. Der Grund: China sichert sich einen immer größeren Anteil an den [Gesamteinfuhren des Landes](#). Betrug dieser zur Jahrtausendwende noch 6 Prozent und 2010 bereits 15 Prozent, so ist er bis 2020 auf 28 Prozent in die Höhe geschossen. Das [Freihandelsabkommen RCEP](#) dürfte dem Reich der Mitte den Marktzugang weiter erleichtern.

Chinesische Unternehmen sind in allen großen Technologiefeldern jenseits der Automobilbranche führende Zulieferer - zumeist mit großem Abstand. Beispielsweise kamen 2020 bemerkenswerte 40 Prozent aller indonesischen Maschinenimporte aus der Volksrepublik. Selbst Japan, der traditionelle Technologielieferant des Archipels, beschwert sich bereits auf offizieller Ebene darüber, von China an die Wand gedrückt zu werden.

Einen Schub für die deutsche Exportwirtschaft könnte das in Verhandlung befindliche Freihandelsabkommen zwischen Indonesien und der EU bringen. Doch derzeit ist keine schnelle Einigung in Sicht. Streitpunkte sind vor allem das Thema Nachhaltigkeit, insbesondere bei Palmöl, sowie die Rolle der Staatsunternehmen. Der Inselstaat bevorzugt im Gegensatz zur EU ein weniger tiefgreifendes Abkommen.

Mehr zu:

Indonesien
Wirtschaftsstruktur / SWOT-Analyse
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Annika Pattberg

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 359

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.